



Protokollauszug vom

17.06.2020

Departement Soziales / Departementssekretariat

Solidarität der Städte in Zeiten der Krise

IDG-Status: öffentlich

SR.20.342-2

Der Stadtrat hat beschlossen:

1. Die Antwort auf das Schreiben betreffend «evakuieren JETZT / Solidarität in Zeiten der Krise» gemäss Anhang wird verabschiedet.
2. Der Entwurf «Bereitschaft der Städte zur Aufnahme geflüchteter Menschen» zuhanden des Osterappells für dessen Kommunikation gemäss Beilage wird zur Kenntnis genommen.
3. Mitteilung (mit Anhang) an: Alle Departemente; Stadtkanzlei.

Vor dem Stadtrat

Der Stadtschreiber:

A. Simon

Der Stadtrat

Pionierstrasse 7
8403 Winterthur

Per Mail
Evakuieren JETZT
Fabian Bracher
fabian@evakuieren-jetzt.ch

17. Juni 2020 SR.20.342-2

Ihre Anfrage: Solidarität der Städte in Zeiten der Krise

Sehr geehrter Herr Bracher

Wir danken Ihnen für Ihre Anfrage vom 19. Mai 2020 an den Stadtrat von Winterthur. Der Osterapell (<https://evakuieren-jetzt.ch/>) fordert den Bundesrat und das Parlament dazu auf, möglichst viele Geflüchtete aus der Ägäis in die Schweiz zu holen. Als Dublin-Staat trage die Schweiz eine Mitverantwortung für die humanitäre Katastrophe auf den griechischen Inseln. Sie habe die nötigen Kapazitäten und finanziellen Mittel, um einen wichtigen Beitrag an die Evakuierung zu leisten.

Wir teilen die Einschätzung, dass die Zustände in den Camps auf den griechischen Inseln unter humanitären Gesichtspunkten prekär sind. Ebenso sind wir der Ansicht, dass die Schweiz angesichts der Notsituation und aufgrund ihrer finanziellen Mittel und Kapazitäten in Koordination mit anderen Staaten einen noch grösseren Beitrag leisten kann, um die Situation von geflüchteten Menschen auf den griechischen Inseln zu verbessern. Dies kann sowohl Hilfe vor Ort wie auch die Aufnahme von Asylsuchenden in der Schweiz umfassen. Die Forderung, «möglichst viele Geflüchtete in die Schweiz zu holen», wird vom Stadtrat als gar pauschal beurteilt.

Die Stadt Winterthur bekennt sich zur schweizerischen Asylpolitik als gemeinsame Verbundaufgabe von Bund, Kantonen und Gemeinden. Gerade die Integration in den schweizerischen Alltag erfolgt auf Ebene der Städte und Gemeinden. Die Städte spielen dabei eine besondere Rolle: Seit jeher übernehmen sie als traditionelle Ankunftsorte vieler Migrantinnen und Migranten eine Vorreiterrolle, indem sie fortschrittliche und innovative Ansätze für eine gelingende Integration erproben und in die Praxis umsetzen. Dabei wird in den Städten, gerade durch engagierte lokale zivilgesellschaftliche Akteure, häufig ein ausserordentlicher Einsatz geleistet. Wir haben dies bei der Flüchtlingsbewegung 2015 und 2016 in Winterthur in eindrücklicher Weise erlebt. Ein Grossteil des damals initiierten, besonders auch von Privaten getragenen Engagements, wirkt nachhaltig bis heute.

Mit diesen Erfahrungen ihrer konkreten Aufgabenerfüllung und Integrationsleistungen bringt sich die Stadt Winterthur als Mitglied des Schweizerischen Städteverbandes und der Städteinitiative Sozialpolitik auch in der Weiterentwicklung des Asylwesens in der Schweiz ein. So haben wir aktiv an der Neustrukturierung des schweizerischen Asylwesens mit den beschleunigten Verfahren mitgewirkt, schon früh über die genannten Verbände eine Integrationsagenda gefordert und uns im Einklang mit dem Schweizerischen Städteverband und der Städteinitiative Sozialpolitik für die Möglichkeit von Direktaufnahmen von Flüchtlingen, etwa mit dem Resettlement-Programm des Bundes, ausgesprochen. Wir sind im Rahmen derartiger Programme wie andere Städte grundsätzlich auch bereit, Flüchtlinge aufzunehmen und sind der Meinung, dass der Bund in derartigen Programmen international koordiniert ein grösseres Kontingent und damit mehr Menschen aufnehmen sollte. Für eine direkte Aufnahme der Städte müssten die Voraussetzungen geschaffen und die genauen Rahmenbedingungen geklärt werden. Der Städteverband und die Städteinitiative Sozialpolitik hat dies wiederholt auf Bundesebene eingefordert.

Vor diesem Hintergrund wird die Stadt Winterthur den Osterappell nicht unterzeichnen. Sie ist traditionell zurückhaltend, wenn es darum geht, sich als Stadt an Petitionen oder Appellen an übergeordnete Staatsebenen zu beteiligen, da sie eine andere Rolle hat als zivilgesellschaftliche Akteure. Auch verfügt sie, wie oben dargelegt, über andere Kanäle, um sich direkt bei den zuständigen Behörden, mit denen sie eng zusammenarbeitet, einzubringen.

Die Stadt Winterthur wird die enge Zusammenarbeit mit anderen Städten in diesem Bereich intensivieren und weiterentwickeln. Daher verzichten wir auch auf eine Beantwortung Ihrer aus unserer Sicht zurzeit zu detaillierten Fragen. Demgegenüber werden wir auf der Basis der oben erläuterten Grundsätze und Haltungen gemeinsam mit anderen Städten sowie über die genannten Verbände unsere Anliegen bei den zuständigen Behörden einbringen. Dazu zählt auch die grundsätzliche Bereitschaft, angesichts der humanitären Notsituation zusätzliche Geflüchtete aufzunehmen.

Mit freundlichen Grüssen

Im Namen des Stadtrates

Der Stadtpräsident:



M. Künzle

Der Stadtschreiber:



A. Simon

